Ausgabe 1 / 2021

TAGESZEITUNG NW VERSUCHT BIELEFELDER PROFESSOR ZU DENUNZIEREN

Die Tageszeitung "Neue Westfälische" (NW) deren Eigentümer zu 100% der SPD-Medienholding gehört, widmete dem Bielefelder Jura-Professor Martin Schwab, der unter anderem die Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen anzweifelt, einen langen hauptsächlich aus Behauptungen bestehenden Artikel. Teile der Recherche berufen sich auf linksextreme Quellen, wie "ANTIDOT", dem Bildungsprojekt der Amadeu Antonio Stiftung. Im Rahmen dieser Kampagne wurde unter anderem auch Schwabs Arbeitgeber, die

Universität Bielefeld kontaktiert. Dieses stellt fest: "Aussagen gedeckt von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit"

Florian Sander ergänzte gegenüber der Presse: "Auch dem Establishment unliebsame Ansichten haben ihre Daseinsberichtigung. Als Partei der freien Meinungsäußerung freuen wir uns, wenn Bürger den Mut haben, ihre Meinung auch zu äußern, wenn parteieigene Tageszeitungen denunzierende Artikel schreiben und sogar Arbeitgeber kontaktieren, um

kritische Stimmen einzuschüchtern. Gerade an Hochschulen ist es nötig, freie Geister gegen ein links ideologisiertes Umfeld zu verteidigen."

Ist die Meinungsfreiheit in Gefahr?



Quelle: Allensbach-Umfrage von 2021

"OB" VERDREHT TATSACHEN

SPD-Oberbürgermeister Pit Clausen - welcher im Februar bereits den Einsatz von Drohnen zur Überwachung der Bürger vorschlug - besaß nun die Unverfrorenheit im Zusammenhang mit der Ausgrenzung Ungeimpfter von Willkommenskultur zu sprechen. Der NW sagte er im Hinblick auf Einlasskontrollen und die 3G-Regel wörtlich: "Dafür gibt es jetzt eine Willkommenskultur".

fordern dieser Wir angesichts orwell'schen Zustände: Gleiche Rechte für Geimpfte und Ungeimpfte, sofortige Beendigung alle Einschränkungen und eine akribische von Pit Clausens Aufarbeitung katastrophaler Corona-Politik.

STADTRAT & BUNDESTAG?

Gerade einmal 27 Jahre alt ist Maximilian Kneller, der den Altparteilern seit 2020 das Leben im Stadtrat schwer macht.



Bald könnte der verheiratete Politikwissenschaftler dem Parteien-Kartell auch in Berlin unbequem werden, denn er kandidiert als aussichtsreicher Listen- sowie Direktkandidat für den Wahlkreis Bielefeld - Gütersloh II.

SACHKUNDIGE BÜRGER DER AfD

Florian Rust Alter: 23 Ressort: Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb



Florian war beim Ring Christlich-Demokratischer Studenten aktiv, bevor es ihn in die AfD verschlug. Bei der diesjährigen Wahl zum 47. Studentenparlament der Universität Bielefeld trat er mit einer eigenen Liste an, um alternative Hochschulpolitik in die Hörsäle der Leineweberstadt zu tragen. Seit 2021 gibt Florian Euch als Sachkundiger Bürger im "BISB" eine Stimme.

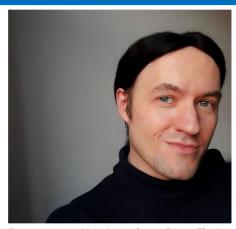
DIE ZAHL DES MONATS:

Afghanen befürworten die Scharia. Die Scharia beschreibt die Gesamtheit aller Gesetze im Islam und beinhaltet Sanktionen wie Prügel oder die Steinigung, Todesstrafe. Die Altparteien im Stadtrat stört das wenig. Bis auf AfD und FDP setzen sich alle Fraktionen und Ratsgruppen für die Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen ein. Dabei sollen sogar mehr Afghanen nach Bielefeld geholt werden, als eigentlich vorgegeben ist.

Die AfD-Ratsgruppe sagt: "Nicht mit uns!"

SANDERS STELLUNGNAHME

Was ich an der 3G-Regel für kommunale Gremiensitzungen übrigens bei weitem am ärgerlichsten finde, ist die Gleichsetzung mit "Veranstaltungen". Als rangiere die Teilnahme an Ratsoder Ausschusssitzungen quasi in einer Liga mit Restaurantbesuchen oder Konzerten, und wäre nicht eine Form der ehrenamtlichen ARBEIT, für die nicht ohne Grund eine Aufwandsentschädigung erhält. Das zeigt ganz nebenbei auch, was man in der NRW-Landesregierung für ein Bild von kommunalpolitischer Arbeit hat.



Ratsgruppen-Vorsitzender Sander

Ironisch finde ich dabei immer wieder, dass Altparteiler, die aus panischer Angst vor Infektion doch sicherlich schon alle vollgeimpft sind, überhaupt noch Angst Ungeimpften haben, was ja wiederum etwas über das eigene Vertrauen in

die Impfung aussagt. Ein völlig irrationales, wirres Denksystem voller innerer Widersprüche,

Inkonsistenzen und Unlogik. Und wir sollen uns dem Irrsinn auch noch widerspruchslos unterwerfen? Dreist.

WEGEN 3G-REGEL: AfD VON RATSSITZUNG AUSGESCHLOSSEN

Weil sie sich der 3G-Regel nicht unterwerfen wollten, wurden unsere Ratsherren (und somit auch mehr als 4.600 Bielefelder Wähler) von der Ratssitzung am 26. September ausgeschlossen.

"Wir geben die Hoffnung nicht auf"

Die Teilnahme soll nur noch Kommunalpolitikern erlaubt sein, die getestet, genesen oder geimpft sind. Unsere Ratsherren Dr. Florian Sander und Maximilian Kneller halten die Regelung für verfassungswidrig und fühlen sich deshalb nicht daran gebunden.

Sander zeigt sich kämpferisch: "Nicht die Landesregierung hat zu definieren, wie ein kommunaler Mandatsträger seine Arbeit machen soll, sondern die Wähler, von denen heute mehr als

4.600 ausgeschlossen und ihres kommunalpolitischen

Mitspracherechts beraubt wurden. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass hier eine Klarstellung durch die Gerichte erfolgt. Falls das nicht passiert, werden wir Wege finden, die weitere Mitarbeit der AfD in den kommunalen Gremien sicherzustellen"

"Die AfD prüft, wie gegen den Erlass vorzugehen ist."

Die AfD bekommt Unterstützung von unerwarteter Seite: Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW Gespräch wies Westdeutschen Allgemeinen Zeitung darauf hin, dass eine Ratssitzung keine Veranstaltung sei und im Hinblick auf die geltenden 3G-Regelungen nicht als solche behandelt werden dürfe.

Ratsherr und Bundestagskandidat

Maximilian Kneller ist zuversichtlich: "Es ist nicht das erste Mal, dass der Bielefelder Rat versucht Menschen auszuschließen. Die AfD prüft derzeit, wie gegen den Erlass und die CoronaSchutzVO rechtlich vorzugehen ist. Ich bin optimistisch, dass diese neueste Exklusionsmethode keinen Bestand haben wird."

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld Niederwall 25 33602 Bielefeld

Vorsitzender: Dr. Florian Sander

Kontakt: presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

Titelgrafik: Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL, creativecommons.org/licenses/by/2.0/de